



# Mehr Rückschritt als Fortschritt

Kanadische Frauen, Feminismus und die Regierung Harper

**SYLVIA BASHEVKIN**

Juli 2012

- Kanadische Frauen und der organisierte Feminismus haben unter den liberalen Nationalregierungen der späten sechziger Jahre bis Mitte der achtziger Jahre deutliche Verbesserungen in der Frauenpolitik erreicht.
- Zwischen 1984 und 1993 setzten Frauengruppen sich besonders im englischsprachigen Kanada gegen zentrale politische Maßnahmen der progressiv-konservativen Mehrheitsregierungen zur Wehr.
- Seit 2006 haben konservative Minderheitsregierungen – bewusst jenseits der öffentlichen Aufmerksamkeit – wesentliche Errungenschaften der Gleichstellungspolitik rückgängig gemacht.
- Die Erosion auf dem Gebiet der Gleichstellung wird voraussichtlich noch weiter voranschreiten, obgleich die Sozialdemokraten erstmals in der kanadischen Geschichte die größte Oppositionspartei sind.





## Inhalt

<b>I. Hintergrundinformationen zum Status von Frauen in Kanada</b> .....	<b>3</b>
<b>II. Defensive Mobilisierung unter Premierminister Brian Mulroney</b> .....	<b>3</b>
<b>III. Die Entwicklungen unter Premierminister Stephen Harper</b> .....	<b>4</b>
<b>IV. Zukunftsaussichten</b> .....	<b>6</b>



## I. Hintergrundinformationen zum Status von Frauen in Kanada

Die zweite Welle der Frauenbewegung trat im anglophonen Kanada und in Québec in den späten sechziger Jahren auf den Plan. Zu dieser Zeit war auf nationaler Ebene eine liberale Minderheitsregierung unter Premierminister Lester Pearson an der Macht. Pearson berief die *Royal Commission on the Status of Women* (RCSW) und brachte damit Gleichstellungsforderungen auf die politische Agenda – in Bezug auf Bildung, Arbeitsmarkt, reproduktive Medizin und das öffentliche Leben. Dieser Wandel wurde zu großen Teilen durch die öffentlichen Anhörungen der Kommission in Kommunen und Städten verursacht, welche quer durch Kanada auf enormes Interesse stießen. Im Jahr 1970 veröffentlichte die RCSW schließlich einen Bericht mit 167 Empfehlungen, die die Grundlage bildeten für die anfängliche Arbeit der im Jahr 1972 gegründeten feministischen Dachorganisation *National Action Committee on the Status of Women* (NAC). Zudem schuf Pearsons Nachfolger im Amt des Premierministers, Pierre Elliot Trudeau, als Reaktion auf diese Empfehlungen im Jahr 1971 die Position des *Minister Responsible for the Status of Women*. Fünf Jahre später richtete er die Behörde *Status of Women Canada* ein, deren Mandat es war, »die politischen Maßnahmen in Bezug auf den Status von Frauen zu koordinieren und verwandte Programme zu verwalten«.

Die frauenpolitischen Fortschritte dieser Periode waren jedoch nicht auf den Umbau der Regierungsmaschinerie auf der Nationalebene beschränkt. Kanada ist weltweit einer der am stärksten dezentralisierten Bundesstaaten. Maßgebliche sozialpolitische Kompetenzen liegen in den Händen der Provinzen und, in einigen Fällen, der Kommunen. Umso wichtiger war es, dass landesweit enorm schnell Graswurzelbewegungen entstanden, die sich für gleiche Bezahlung, zusätzliche Betreuungseinrichtungen für Kinder, das Recht auf Abtreibung sowie für einen höheren Anteil von Frauen in öffentlichen Ämtern einsetzten. Zu den zentralen Errungenschaften der frühen achtziger Jahre zählt die verfassungsmäßige Verankerung von Gleichheitsrechten in der *Canadian Charter of Rights and Freedoms* – ein schwer erkämpfter Sieg in einer Phase, als in den Vereinigten Staaten das *Equal Rights Amendment* blockiert wurde.

Eine wichtige Form der Unterstützung für die feministischen Anstrengungen waren finanzielle Mittel, die der

Staat für Gerichtsverfahren bereitstellte, in denen für die Gleichstellung von Frau und Mann gestritten wurde. Darüber hinaus wurden Konferenzen von Frauengruppen unterstützt sowie feministische Forschung und Organisationsinfrastruktur. In einem dünn besiedelten Land, das sich über ein sehr großes Gebiet erstreckt, erhielten Aktivistinnen und Aktivisten öffentliche Gelder, um sich zu treffen, Aktivitäten zu planen und auf Abgeordnete in den Provinzhauptstädten und in Ottawa Einfluss nehmen zu können. Im Jahr 1984 stammten rund zwei Drittel des jährlichen Budgets des NAC aus Mitteln des Bundes.

Im Laufe der Zeit wuchs die Zahl der kanadischen Frauen, die einen Universitätsabschluss machten, einer bezahlten Arbeit nachgingen und ein Abgeordnetenmandat gewannen. Jedoch wurden diese Erfolge durch die Tatsache relativiert, dass Frauen in einer ganzjährigen Vollzeitbeschäftigung im Durchschnitt rund 70 Prozent weniger verdienten als ihre männlichen Kollegen. Darüber hinaus sorgte das Wahlsystem für einen vergleichsweise geringen Anteil an Parlamentarierinnen: Die Abgeordneten werden mit der einfachen Stimmenmehrheit des Wahlkreises gewählt (*»single member plurality system«*), und die Nominierungen sind hochgradig dezentral organisiert. Nur selten lag der Frauenanteil bei den Abgeordneten über 25 Prozent. Zwar stach Kanada im internationalen Vergleich positiv hervor, was die Anzahl von Parteiführerinnen betraf, – einschließlich der kurzen Amtszeit von Kim Campbell als Premierministerin 1993. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Frauen zumeist an der Spitze von schwachen Organisationen standen, die politisch wenig wettbewerbsfähig waren.

## II. Defensive Mobilisierung unter Premierminister Brian Mulroney

Die Wahl von zwei progressiv-konservativen Mehrheitsregierungen in den Jahren 1984 und 1988 führte vor allem im anglophonen Kanada zu erheblichen Spannungen zwischen organisiertem Feminismus und führenden Politikern auf Bundesebene. Zwar war Premierminister Brian Mulroney eher Pragmatiker als Ideologe, besonders im Vergleich zu seinen neo-konservativen Amtskollegen Ronald Reagan und Margret Thatcher. In seiner Parlamentsfraktion und an der Parteibasis gab es jedoch viele soziale Traditionalisten, die beim Thema Frauenrechte die Uhr zurückdrehen wollten. Da sich Mulroney dem freien Markt verpflichtet sah und den staatlichen Einfluss auf

das Leben der Kanadier zurückdrängen wollte, schloss er mit den Vereinigten Staaten ein Freihandelsabkommen, das für direkten Konflikt mit dem NAC sorgte, ebenso wie einige während seiner Amtszeit beschlossene Maßnahmen in Bezug auf Kinderbetreuung und Finanzen.

Während das Freihandelsabkommen verwirklicht werden konnte, verlor die progressiv-konservative Regierung jedoch zwei Parlamentsabstimmungen zum Thema Abtreibung. Aufgrund anhaltenden Widerstands sowohl feministischer als auch anti-feministischer Interessengruppen nahm Mulroney überdies ein Gesetz zur Kinderbetreuung zurück.

Unter den anti-feministischen Gruppen befand sich eine Organisation namens Realistic, Equal, Active, for Life (R.E.A.L.) Women«, deren Verbündeten in der Regierungsfraktion dafür sorgten, dass die »R.E.A.L. Women« im Jahr 1989 ihre erste bundesstaatliche Subvention erhielten.

Im Gegensatz zu den weitgehend konstruktiven Arbeitsbeziehungen zwischen dem NAC und der liberalen Bundesregierungen nach 1972 wuchsen die Spannungen mit den Progressiv-Konservativen zunehmend. Als die Liberalen im Jahr 1993 an die Macht zurückkehrten, standen sich NAC und Progressiv-Konservative geradezu feindselig gegenüber.

Im Bereich Haushaltspolitik schafften die Progressiv-Konservativen das »Court Challenges Program« ab, mit dem Gerichtsverfahren zu Gleichstellungsfragen subventioniert worden waren. Zudem kürzten sie die Subventionen für das NAC erheblich. Für die Organisation begannen harte Zeiten: Hatte es auf dem Höhepunkt im Jahr 1988 rund 586 Mitgliedsgruppen mit 5 Millionen Frauen gegeben, bestanden im Jahr 2005 nur noch weniger als 300 Mitgliedsgruppen. Ein großer Teil der Spannungen ging darauf zurück, dass unter Feministinnen im englischsprachigen Kanada die Auffassung verbreitet war, der kontinentale Freihandel beschränke die Möglichkeiten der Bundesregierung, auf bestimmten Politikfeldern, die für Frauen besonders relevant sind, auf nationaler Ebene Standards zu setzen, vor allem in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dieselbe Befürchtung bestand im Hinblick auf zwei Vorschläge für Verfassungsänderungen aus der Mulroney-Ära, bekannt als die Meech Lake- und Charlottetown-Initiativen: Beide hätten eine stärkere Dezentralisierung zur Folge gehabt.

Dies bedeutete aus Sicht der Feministinnen, dass sie ihre Kampagnen künftig nicht nur auf anonyme internationale Handelsorganisationen ausrichten mussten, sondern zunehmend auch auf die vielen, in einigen Fällen wenig verständnisvollen Regierungschefs in den Provinz- und Kommunalverwaltungen des Landes. Die Dezentralisierungsvorhaben scheiterten jedoch im Parlament.

Feministische Aktivistinnen in Québec hatten ihre Forderungen längst auf die dortige Nationalversammlung und die Provinzregierung zugeschnitten. Zudem waren die zur Zeit der »Neuen Linken« entstandenen Interessengruppen ohnehin stark vom »Québec-Nationalismus« beeinflusst; demnach konzentrierten Frauengruppen sich zunächst auf Fortschritte in Québec City. Die strategische Weisheit dieses Ansatzes zeigte sich unter anderem darin, dass Québec 1997 ein universelles Kinderbetreuungsprogramm beschloss, das in Bezug auf Bezahlbarkeit, Umfang und Zugangsmöglichkeiten jede andere Initiative in Kanada in den Schatten stellte.

### III. Die Entwicklungen unter Premierminister Stephen Harper

Die 2006 gewählte erste Minderheitsregierung von Premierminister Stephen Harper folgte auf eine Serie liberaler Mehrheits- und Minderheitsregierungen. Die liberalen Regierungen hatten die finanzielle Unterstützung für Gerichtsprozesse bei Gleichstellungsangelegenheiten wieder eingeführt, jedoch auch die sozialen Transferzahlungen des Bundes an die Provinzen reduziert, zeitlich beschränkt und die Kontrolle darüber gelockert. Diese Reformen waren während der ersten Amtszeit von Premierminister Jean Chrétien mit der Notwendigkeit gerechtfertigt worden, angesichts des hohen Haushaltsdefizits müssten die Ausgaben des Bundes besser kontrollierbar werden. Damit dezentralisierte die Regierung Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem jedoch noch weiter. Mehr noch: Große Provinzen, einschließlich Ontario, gingen Mitte der neunziger Jahre dazu über, die Verantwortung für Sozialhilfe, Kinderbetreuung, sozialen Wohnungsbau, städtischen Transport und für andere Zuständigkeitsbereiche den Kommunalregierungen zu übertragen. Im Gegenzug erhielten die Städte und Gemeinden weitere Einnahmequellen neben der Vermögenssteuer.

Die Politik der Harper-Ära folgte diesem Weg, wenn auch mit einem sozialpolitisch traditionalistischen Einschlag.

Um sich als vernünftiger und gemäßigter Politiker zu präsentieren, der Steuern senkt und das Wirtschaftswachstum ankurbelt, formulierte Harper die traditionellen Elemente jedoch so vorsichtig und nuanciert, dass sie sich der öffentlichen Aufmerksamkeit weitgehend entzogen, die politischen Signale aber dennoch seine Anhänger erreichten. Ein Beispiel: Mit dem im Mai 2006 eingebrachten Haushalt beendete Harper ein von der liberalen Regierung Paul Martin initiiertes nationales Kinderbetreuungsprogramm, das sich noch im Aufbau befand. Das Programm wurde ersetzt durch einen jährlichen Steuerfreibetrag in Höhe von 1.200 Dollar für jedes Kind im Kindergarten- und Vorschulalter. Die Regierung präsentierte diesen Schritt als einen Weg, um Kosten zu senken und den Eltern mehr Entscheidungsfreiheit zu geben. Gleichzeitig verfestigte das Programm jedoch traditionelle Familienwerte, indem es Alleinverdiener-Paare belohnte und viele arbeitende Mütter schlechter stellte.

Auch versuchten Konservative, Kanadas liberale Gesetzgebung in Bezug auf die gleichgeschlechtliche Ehe rückgängig zu machen, die unter der Regierung Paul Martins verabschiedet worden war. Im ersten Jahr der Minderheitsregierung Stephen Harper wurde ein entsprechender Antrag der konservativen Regierung jedoch vom Parlament zurückgewiesen.

Im Herbst 2006 kürzten die Konservativen das 13 Millionen Dollar umfassende Budget von *Status of Women Canada* um 5 Millionen Dollar. Sie begründeten diese Entscheidung mit finanzpolitischer Verantwortung und »Effizienzgewinnen«, sowie mit dem Argument, die Behörde habe ihre Mission erfüllt. Die für *Status of Women* verantwortliche Ministerin, Beverley Joan Oda, sagte damals: »Kanadas neue Regierung glaubt, dass Frauen grundsätzlich gleichberechtigt sind.« Die Finanzierungsrichtlinien wurden so geändert, dass Organisationen, die mit Anwaltstätigkeiten, Lobbying oder Forschung beschäftigt waren, keine Unterstützung mehr erhielten. Noch im Jahr 1993 hatte es geheißen, die Gelder seien für Gruppen gedacht, die die »Gleichstellung von Frauen durch Verbesserung ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Situation befördern«. *Status of Women Canada* löschte das Wort »Gleichstellung«. Stattdessen gehe es darum, »die Partizipation von Frauen in der kanadischen Gesellschaft durch Verbesserung ihrer ökonomischen, sozialen und kulturellen Situation zu erleichtern«.

Vor seinem Amtsantritt hatte Harper den Wählern versichert, seine Regierung werde das Thema Abtreibung nicht erneut aufgreifen. Hinterbänkler aus Harpers Partei taten dann jedoch genau das: Konservative Abgeordnete brachten Gesetzentwürfe ein, die darauf abzielten, die Entscheidungsfreiheit von Frauen zu untergraben. So sah der von Harper in der zweiten Lesung unterstützte *Unborn Victims of Crime Act* (Bill C-484) von 2008 Strafbarkeit vor, wenn einem Fötus bei Gewaltdelikten gegen die Frau Schaden zugefügt wird. Kurz darauf folgte ein Gesetzentwurf, der die »Rechte des kanadischen Personals im Gesundheitswesen in Bezug auf ihr Gewissen schützen« sollte, damit diese »niemals gezwungen werden, gegen ihren Willen an Prozeduren wie Abtreibungen teilzunehmen«. Keiner dieser Gesetzentwürfe wurde angenommen. Aber beide Vorstöße zeigen, in welchem Ausmaß Sozialkonservative versuchten, Abtreibungen durch Änderungen an Gesetzen zur reproduktiven Gesundheit wieder zu kriminalisieren.

Das Bundeshaushaltsgesetz 2009 enthielt Vorschriften, wonach es Beamten untersagt ist, bei der *Canadian Human Rights Commission* Beschwerden über ungleiche Entlohnung einzureichen. Zudem waren hohe Strafen vorgesehen für Gewerkschaften, die einzelnen Mitgliedern halfen, Beschwerde beim *Labor Relations Board* auf Bundesebene einzulegen. Auch der sogenannte *Public Sector Equitable Compensation Act* schwächte die Antidiskriminierungsrhetorik: Fortan war es staatlichen Stellen erlaubt, ihre Mitarbeiter gemäß der »Marktnachfrage« zu entlohnen – ein Kriterium, welches dieselben Mechanismen in Kraft setzt, die ursprünglich zu niedrigeren Löhnen für Frauen geführt hatten.

Im Frühjahr 2010 stellte Stephen Harper auf der G8-Konferenz seinen Plan für mütterliche Gesundheit vor – angeblich mit dem Ziel, »das Leben von Müttern und Kindern auf der ganzen Welt« zu retten. Nach den Details gefragt, antwortete er mit charakteristischer Doppelzüngigkeit: »Wir halten uns alle Optionen offen, und das umfasst auch die Empfängnisverhütung, aber wir wollen nicht über Abtreibung diskutieren – weder hier noch anderswo.« Damit brachte der kanadische Premierminister Offenheit für jede Politikoption zum Ausdruck und lehnte im selben Atemzug kategorisch ab, über die wichtigste Option zu sprechen. Diese Schlitzohrigkeit ermöglichte es den Konservativen, auf internationaler Ebene erhebliche Änderungen durchzusetzen und in Kanada restriktive Gesetzesvorhaben auf dem Gebiet der reprodukti-

ven Gesundheit vorzuschlagen, die sich dem Radar der meisten Wähler entzogen. Die Folgen waren alles andere als trivial; zum Beispiel weigert sich die offizielle kanadische Gesundheitspolitik seither, Abtreibungsdienste in Entwicklungsländern finanziell zu unterstützen.

#### IV. Zukunftsaussichten

Die Dezentralisierung der Zuständigkeiten im politischen System Kanadas schränkt die Kontrollmöglichkeiten des Bundes auf den meisten Politikfeldern ein. Rund 90 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten in Sektoren, in denen das Arbeitsrecht der Provinzen oder Gebietskörperschaften gilt; auch für die Gesundheitsversorgung sind überwiegend die föderalstaatlichen Ebenen zuständig. Kürzungen auf diesen Feldern sind deshalb schwerer durchzusetzen als in einem zentralisierteren politischen System. Darüber hinaus brachte die Wahl im Mai 2011 eine starke »offizielle Opposition« – so wird die größte Oppositionspartei in Kanada genannt – nach Ottawa: die New Democratic Party (NDP), die mehr als 40 Prozent Frauen in den eigenen Reihen hat. Schon seit den siebziger Jahren stach die NDP gegenüber anderen Parteien hervor, weil sie gezielte Affirmative-Action-Maßnahmen durchführte, um weibliche Kandidaten auf aussichtsreiche Sitze zu bringen. Auch nimmt die Partei durchweg pro-feministische Positionen ein, wenn es um gleiche Bezahlung, Kinderbetreuung, die Reform des Wahlrechts und andere Themen geht.

Dem kanadischen Statistikamt zufolge gingen im Jahr 2009 mehr als 8 Millionen Frauen in Kanada – fast 60 Prozent – einer bezahlten Arbeit nach. Das sind doppelt so viele wie im Jahr 1976. Ferner organisierten sich im Laufe der Zeit immer mehr Frauen gewerkschaftlich, und die Selbständigenquote unter Frauen kletterte auf fast 36 Prozent im Jahr 2009. Ferner stieg das Bildungsniveau der Frauen deutlich: Im Jahr 2007 waren mehr als 60 Prozent aller kanadischen Hochschulabsolventen Frauen, auch in den Naturwissenschaften.

Diese vielversprechenden Entwicklungen ändern aber nichts an der Tatsache, dass die Wahl 2011 eine Mehrheitsregierung an die Macht brachte, für die Gleichstellung ein rotes Tuch ist. Harpers Politik der Rückabwicklung wird wahrscheinlich fortgesetzt, nicht zuletzt weil seine Partei derzeit beide Parlamentskammern kontrolliert. Zu einem Teil ist die loyale Basis von Sozialkonser-

vativen dafür verantwortlich: In den neunziger Jahren verließen sie die Organisation von Brian Mulroney, gründeten die *Canadian Reform Conservative Alliance* und fusionierten später mit den Progressiv-Konservativen zur *Conservative Party*. Davon abgesehen drohen die Erosion feministischer Errungenschaften auch aus einem weiteren Grund: Umfragen zufolge könnten auch in den kanadischen Provinzen rechtsgerichtete Regierungen an die Macht kommen und mit den traditionalistischen Bürgermeistern in großen Städten, einschließlich Toronto und Winnipeg, Allianzen bilden.

Welche Frauen sind vor diesem Hintergrund – und angesichts der unsicheren Zeiten im Allgemeinen – am ehesten gefährdet? In der Vergangenheit waren die Arbeitsplätze von Immigrantinnen stärker von wirtschaftlichen Abschwüngen betroffen als die Jobs gebürtiger Kanadierinnen. Tausende von Live-in Caregivers<sup>1</sup>, die jedes Jahr nach Kanada kommen, in erster Linie von den Philippinen und aus der Karibik, sind angesichts ökonomischer Schwankungen besonders schutzlos. Denn laut der Zuwanderungsregelungen müssen sie mit dem Arbeitgeber zusammenleben, der auf der Arbeitserlaubnis namentlich genannt ist und für ihn arbeiten. Reformen aus der Harper-Ära in Bezug auf Status of Women Canada und andere Behörden beseitigten vom Bund finanzierte Gemeindeprogramme, mit denen gefährdeten Frauen in der Vergangenheit geholfen werden konnte. Im Bericht eines Mainstream-Presseorgans wurde kürzlich die Frage gestellt, ob der Mord an einer jungen, südasiatischen Mutter auch geschehen wäre, wenn die Unterstützungsleistungen in der Nachbarschaft noch existiert hätten (in diesem Fall wurde ihr Ehemann angeklagt).

Generell haben die Bemühungen der verschiedenen Regierungen, die Steuern zu senken, Ausgaben zu kürzen und die sozialpolitische Verantwortung abzugeben, den kanadischen Familien zunehmend stärkere Belastungen auferlegt. Forschungsarbeiten zeigen, dass im Zeitverlauf immer mehr kanadische Frauen einen chronisch kranken alten Menschen pflegen müssen, häufig handelt es sich um ein Elternteil. Im Jahr 2007 schulterte fast ein Viertel der weiblichen Bevölkerung im Alter über 45 Jahren eine solche Arbeit.

1. Live-in Caregivers sind dafür qualifiziert, Kinder, ältere Menschen und Menschen mit einer Behinderung in ihren privaten Räumlichkeiten ohne Aufsicht zu pflegen. In Kanada müssen die Live-in Caregivers in der Wohnung oder in dem Haus wohnen, in dem sie arbeiten.



Auf der rhetorischen Ebene verdammen die Konservativen konsequent »richterlichen Aktivismus« – ein Code-  
wort für gleichstellungsfreundliche Rechtsauffassungen,  
wenn es um die Ernennung von Richtern geht. Die Kon-  
servativen sprechen davon, durch den Kauf neuer Jagd-  
flugzeuge Kanadas militärische Kapazitäten auszubauen  
und die Oberhoheit in der Arktis zu verteidigen. Gleich-  
zeitig werden internationale »Soft-Power-Strategien«  
ignoriert, die die Lebensumstände von Frauen verbes-  
sern könnten. Und was Kanadas indigene Bevölkerung  
betrifft, so geht es der Regierung häufig nur um formale  
Abkommen mit den zumeist männlichen Anführern, an-  
statt die Gewalt gegen die Ureinwohnerinnen sowohl in-  
nerhalb als auch außerhalb der Reservate zu bekämpfen.

Leider sind all diese Entwicklungen kein gutes Omen für  
die Gleichstellung von Frauen und für den organisierten  
Feminismus in Kanada.



## Über die Autorin

**Sylvia Bashevkin** ist Professorin für Politikwissenschaft. Von 2005 bis 2011 war sie Rektorin des University College der Universität Toronto. Sie ist insbesondere für ihre Forschungsbeiträge im Themenbereich Frauen und Politik bekannt. Bashevkins jüngste Veröffentlichung trägt den Titel »Women, Power, Politics: The Hidden Story of Canada's Unfinished Democracy« (Oxford University Press, 2009).

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung Referat Westeuropa/Nordamerika |  
Abteilung Internationaler Dialog Hiroshimastraße 28 |  
10785 Berlin | Germany

Verantwortlich:  
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249  
<http://www.fes.de/international/wil> | <http://www.fesdc.org>

E-Mail:  
[ID-INFO-WENA@fes.de](mailto:ID-INFO-WENA@fes.de)

## Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation  
1023 15th Street, NW | Suite 801  
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444  
Fax: +1-202-408-5537  
Email: [fesdc@fesdc.org](mailto:fesdc@fesdc.org)  
<http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-281-7